

## Destruktive Sekten

– gehört und befragt. Die Referate werden in den nächsten Wochen im Verlag für Medizinische Psychologie Göttingen im Buchhandel erscheinen und damit eine erste wissenschaftliche Grundlage für die Diskussion und die Auseinandersetzung mit diesen neuen „destructive cults“ bilden.

Darüber hinaus hat das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit einen Forschungsauftrag an die Universität Tübingen vergeben. Im Rahmen einer wissenschaftlichen Untersuchung soll authentisches Quellenmaterial über die Sekten erfaßt, aufbereitet und ausgewertet sowie der gegenwärtige Forschungsstand im In- und Ausland ermittelt werden. Weitere Forschungsarbeiten sollen unter anderem auch die Kriterien von Prophylaxe, Therapie und Rehabilitation berücksichtigen.

### Literatur

(1) Evans, Chr.: Die Science Fiction-Religion, in: Kulte des Irrationalen, Rowohlt-Verlag, Hamburg, 1976 – (2) Haack, F.-W.: Die neuen Jugendreligionen, 86 S., 12. Aufl. 1977. Ev. Presseverb. f. Bayern, München 19 S. – (3) Hauth, R.: Die Kinder Gottes – Weg und Irrweg einer Jugendsekte, 2. Aufl. 1977; Ev. Presseverband f. Bayern, München, 46 S. – (4) Hutten, K.: Die Ges. z. Vereinigung des Weltchristentums, in: Seher, Grübler, Enthusiasten; Quell-Verlag, Stuttgart, 1968 – (5) Mildnerberger, M.: Hare Krishna, in: Heil aus Asien? – Hinduist. und buddh. Bewegungen im Westen; Quell-Verlag, Stuttgart, 1975 – (6) Ders.: Guru Maharaj Ji: Eine Friedensbombe für die Welt, in: Heil aus Asien? Quell-Verlag, Stuttgart, 1975 – (7) Reimer, H.-D.: Die neuen „Jugendreligionen“ – Ein beunruhigendes Zeichen der Zeit, in: „Herder-Korrespondenz“, Mai 1977 – (8) Zinke, L. (Hg): Religionen am Rande der Gesellschaft, 184 S., Kösel-Verlag, München, 1977

Anschrift des Verfassers:  
Professor Dr. med.  
Manfred Müller-Küppers  
Ärztlicher Direktor  
der Abteilung  
für Kinder- und Jugendpsychiatrie  
der Psychiatrischen Klinik  
Heidelberg  
Blumenstraße 8  
6900 Heidelberg

## NACHRICHTEN

### Honorarvereinbarung zwischen Bundesärztekammer und Rentenversicherungsträgern

Die Bundesärztekammer und der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) haben mit Wirkung vom 1. Januar 1979 an eine neue „Vereinbarung über die Vergütung ärztlicher Leistungen bei der medizinischen Begutachtung für die gesetzliche Rentenversicherung“ in Kraft gesetzt. Sie sieht eine Anhebung der Grundbeträge auf der Basis der Empfehlungen der sog. „Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen“ vor. Sonderleistungen werden künftig anstatt mit 145 mit 148,5 Prozent der einfachen Sätze des „Bewertungsmaßstabs Ärzte“ (BMÄ) vergütet.

Im Interesse einer kontinuierlichen und vergleichbaren Weiterentwicklung der Vergütungsregelung wurde die Abgeltung von Sonderleistungen zumindest für das Jahr 1979 nach den vorgenannten Sätzen des BMÄ in der bis zum 30. Juni 1978 gültigen Fassung vereinbart.

Die Schreibgebühr wurde von bislang DM 2,00 auf DM 2,25 pro DIN-A4-Seite für formfreie Gutachten einschließlich der formularmäßigen Schlußbeurteilung angehoben.

Die neue Vereinbarung läuft bis zum 31. Dezember 1979. Der bisherige Vertrag war von der Bundesärztekammer zum 31. Dezember 1978 gekündigt worden. hpb

### Gespräch mit Ehrenberg über Vorbereitungszeit

Noch in diesem Monat will das Bundesarbeitsministerium die Kassenärztliche Bundesvereinigung und die Verbände der RVO- und Ersatzkassen zu einem ersten Gespräch bitten über Möglichkei-

ten, „vorübergehend zur kassenärztlichen Versorgung nur diejenigen Ärzte zuzulassen, die eine angemessene (etwa zweijährige) praktische Berufserfahrung als Assistent im Krankenhaus und in freier Praxis nachweisen“. Das geht aus einem Schreiben von Minister Dr. Herbert Ehrenberg vom 19. Dezember 1978 an die KBV und die Kassenverbände hervor. Diese hatten am 27. November Ehrenberg an eine entsprechende Empfehlung der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen erinnert (Wortlaut des Schreibens an Ehrenberg in Heft 51/52 – 1978, Seite 3091). In seiner Antwort erklärt Ehrenberg jetzt, die Prüfung der Frage sei eingeleitet. Mit dem Vorschlag seien insbesondere europarechtliche und verfassungsrechtliche Fragen verbunden, die einer eingehenden Klärung bedürften. NJ

### Im Juni 1979 „Woche des behinderten Kindes“

Die deutsche Kommission zur Vorbereitung und Durchführung des Internationalen Jahrs des Kindes plant für die Zeit vom 5. bis 12. Juni 1979 eine „Woche des behinderten Kindes“. In die Vorbereitung und Durchführung sollen sowohl die öffentlichen als auch die freien Träger der Behindertenhilfe auf Bundes-, Landes- und Ortsebene einbezogen werden. Darüber hinaus sollten sich aber – so der Wunsch der Kommission und ihrer Vorsitzenden, Bundesfamilienministerin Antje Huber – möglichst auch alle anderen Institutionen daran beteiligen, denen die Förderung und Integration behinderter Kinder ein Anliegen ist.

Die „Woche des behinderten Kindes“ soll mit einer Bundesveranstaltung in Hannover eingeleitet werden, bei der die Probleme behinderter Kinder und ihrer sozialen Integration angesprochen werden. Die Ausgestaltung der Aktionswoche auf Landes- und Regionalebene

ne ist dann weitgehend Sache freier Initiativen. Für Interessenten, die sich vor Ort aktiv beteiligen möchten, wird eine Informationsmappe erarbeitet, die ab Frühjahr 1979 kostenlos bei der Geschäftsstelle für das Internationale Jahr des Kindes, Haager Weg 44, 5300 Bonn, Telefon 0 22 21/28 19 85, angefordert werden kann. NJ

## Hochschullehrer: Vorschläge zur Förderung der Allgemeinmedizin

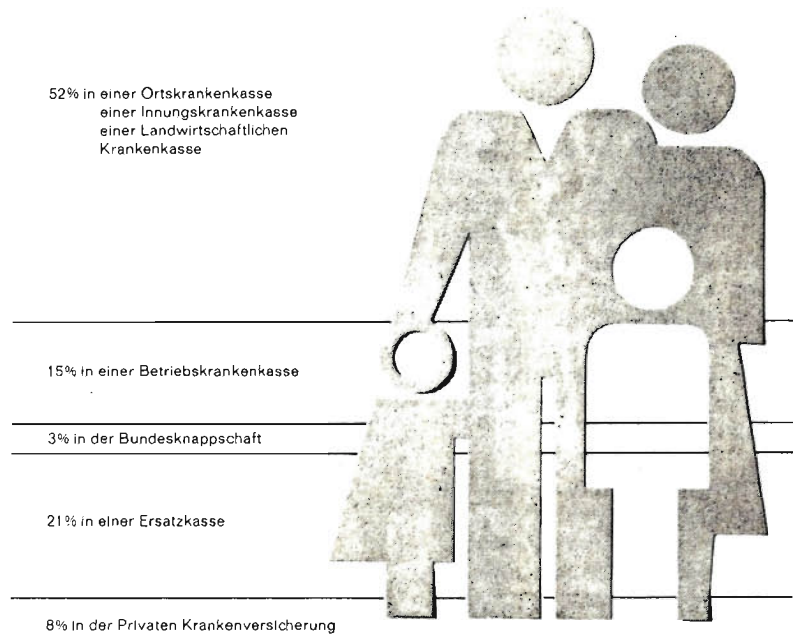
Die Hochschullehrer und Lehrbeauftragten für Allgemeinmedizin haben Vorschläge zur Weiterentwicklung der Allgemeinmedizin unterbreitet:

1. Die personellen und institutionellen Möglichkeiten der Allgemeinmedizin an den Universitäten müssen verstärkt werden. Dies ist durch die Aufnahme des Pflichtkurses zur Einführung in Fragen der allgemeinmedizinischen Praxis in die Ausbildung der Studenten zwingend erforderlich geworden.

2. Eine ausreichende Zahl von Rotationsstellen für Weiterbildungsassistenten in der Allgemeinmedizin sowohl im Krankenhaus als auch in der freien Praxis muß geschaffen werden. Hier besteht nach wie vor ein Engpaß auf dem Weg zum Allgemeinarzt, der schnell und umfassend beseitigt werden muß.

3. Die Zulassungsordnung zur Kassenarztstätigkeit muß dahingehend geändert werden, daß nur noch derjenige zur *allgemeinärztlichen* Kassenarztstätigkeit zugelassen wird, der genau wie die Ärzte anderer Fachgebiete eine abgeschlossene Weiterbildung nachweisen kann. Dies verlangt das Interesse der Bevölkerung an einer guten ärztlichen Versorgung genauso wie die Notwendigkeit, wissenschaftlich qualifizierte Ärzte in der gesetzlichen Krankenversicherung tätig werden zu lassen. PdH

## Fast jeder ist gegen Krankheit versichert



Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland ist zu 99 Prozent gegen das Risiko Krankheit versichert. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung gehören einer RVO-Krankenkasse als Mitglied oder als mitversicherter Familienangehöriger an. 21 Prozent sind bei einer der 14 Angestellten- und Arbeiterersatzkassen versichert. Acht Prozent der Bevölkerung sind ausschließlich privat krankenversichert. DÄ

## Hohes Ansehen der Pharmaindustrie

Die Unternehmen der pharmazeutischen Industrie genießen in der Bevölkerung ein relativ hohes Ansehen. Wie eine Repräsentativbefragung im Auftrag des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI), Frankfurt, kürzlich ermittelte, schätzen die Befragten den Ruf der pharmazeutischen Industrie wie folgt ein (Angaben in Prozent): „ausgezeichnet“ bis „gut“ 66, „einigermaßen“ 27, „eher schlecht“ bis „ausgesprochen schlecht“ 6. Keine Angaben machte ein Prozent. 20 Prozent meinten, das Image der Pharmaindustrie habe sich in den letzten Jahren verbessert, 66 Prozent sahen keine Änderung, 11 Prozent eine Verschlechterung, und 3 Prozent hatten kein differenziertes Urteil.

Starke internationale Bedeutung hat die pharmazeutische Industrie nach Ansicht von 67 Prozent der Bevölkerung, 84 Prozent anerkennen ihre intensive Forschung, 80 Prozent attestieren ihr, daß sie sich auf dem neuesten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis befindet, 70 Prozent halten sie für sehr vertrauenswürdig, 74 Prozent messen ihr wachsende Bedeutung zu, und 61 Prozent sehen sie der Allgemeinheit verpflichtet, hingegen meinen nur 16 Prozent, sie sei nur auf Gewinn aus. Allgemein nicht so positiv bewertet wurde der Werbeaufwand der Industrie in der im Zwei-Jahres-Rhythmus durchgeführten Image-Umfrage. 56 Prozent meinen, es würde zu viel Werbung betrieben. Auch die Zahl der auf dem Markt befindlichen Arzneimittel wird von 71 Prozent der befragten medizinischen und pharmakologischen Laien als zu hoch bewertet. HC